Fernsprecher Nr. 22.

Die „Sächsische Elbzeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugs-Preis vierteljährlich 2.— Mk., 2monatlich 1.40 Mk., 1monatlich 70 Pfg. durch die Post vierteljährlich 2.10 Mk. (ohne Bestellgeld).

Einzelne Nummern 12 Pfg.

Alle kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung" an.

Tägliche Roman-Beilage: „Unterhaltungsblatt".

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Telegramme: Elbzeitung

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Ortspreis für die 5 gespalt. Kleinschriftzeile oder deren Raum 15 Pfg. bei auswärtigen Anzeigen 20 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft).

„Eingesandt" und „Reklame" 50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß.

Tägliche Roman-Beilage „Unterhaltungsblatt".

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porschdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Zaukenstraße 134; in Dresden und Leipzig: Haasenstein & Vogler, Invalidendank und Rudolf Mosse; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 77 Bad Schandau, Donnerstag, den 27. Juni 1918 **62. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Folgende im Grundbuche für **Wendischfähre** und **Schandau** auf den Namen des Kaufmanns **Clemens Hugo Schedlich** eingetragenen Grundstücke sollen

Donnerstag, am 22. August 1918, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle **im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:**

1. Blatt 15 Wendischfähre, nach dem Flurbuche 17,1 Ar groß,
2. Blatt 16 Wendischfähre, nach dem Flurbuche 26 Ar groß,
3. Blatt 35 Wendischfähre, nach dem Flurbuche 8,5 Ar groß,
4. Blatt 36 Wendischfähre, nach dem Flurbuche 8,7 Ar groß,
5. Blatt 37 Wendischfähre, nach dem Flurbuche 8,9 Ar groß, sämtlich ein zusammenhängendes Ganzes bildend, mit Wohngebäude und den zum Betrieb einer Geflügelmastanstalt nötigen Gebäuden und Einrichtungen bebaut und als Gesamtheit einschließlich 1500 Mark für Inventar auf 144 350 Mark geschätzt, Nr. 14 und 17 der Ortsliste,
6. Blatt 264 Schandau, nach dem Flurbuche für Wendischfähre, 26,7 Ar groß, auf 2670 Mark geschätzt, Wiese in Flur Wendischfähre liegend.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 8. März 1918 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Schandau, den 20. Juni 1918.

Königliches Amtsgericht.

Volksküche.

Markenausgabe:

Freitag, den 28. Juni 1918:

Häuser Nr. 1—150 vormittags 10—12 Uhr,
„ „ 151—264 nachmittags 2— 4 „

im **Wernerschen Grundstück.** 6 Speisemarken 170 Pfg., 1 **Pfund Kartoffeln**, 1 Fleischmarke oder 180 Pfg., 4 Abschnitte der Gasthauskartoffelmarke, 1 Fleischmarke. Neu hinzutretende Teilnehmer haben außerdem Abschnitt I der Nährmittelkarte **abzugeben.**

Belieferung der Speisemarken:

Nr.	**521**	**522**	**523**	**524**	**525**	**526**
am	1. 7.	3. 7.	5. 7.	8. 7.	10. 7.	12. 7.
Nr.	**531**	**532**	**533**	**534**	**535**	**536**
am	2. 7.	4. 7.	6. 7.	9. 7.	11. 7.	13. 7.

Schandau, den 26. Juni 1918. **Volksküche der Stadt Schandau.**

Fortsetzung des amtlichen Teiles in der Beilage.

Nichtamtlicher Teil.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ Zur Sicherung der Ernte ist im Reichstag eine konservative Anfrage eingebracht worden, in der gewünscht wird, daß mindestens zum 15. August mit Rücksicht auf eine schnelle Bergung der Ernte und die Erledigung des Frühdrusches neue Einberufungen von in landwirtschaftlichen Betrieben Tätigen zum Heeresdienst nicht mehr erfolgen und die bereits für die nächsten Tage erlassenen Gestellungsbefehle von den Bezirkskommandos wieder zurückgenommen werden.

✦ Die bei den Goldankaufsstellen der Reichsbank eingelieferten Goldsachen werden, wie nochmals amtlich festgestellt wird, abgesehen von wenigen als erhaltungswürdig befundenen und mit Zustimmung der Einlieferer an öffentliche Museen abgegebenen Stücken, ausnahmslos eingeschmolzen und in Barrenform den Goldbeständen der Reichsbank zugeführt. Die kürzlich im Haushaltsausschuß des Reichstages aufgestellte Behauptung, daß bisweilen Schmuckstücke weiterverkauft und also nicht im Sinne der Ablieferer verwendet wurden, ist damit widerlegt.

✦ **Im Hauptausschuß des Reichstages wurde der deutsch-rumänische Friedensvertrag beraten. Vom Zentrum lagen zwei Entschließungen vor: 1. Bei den in Ausführung des Friedensvertrages von Bukarest noch notwendig werdenden Abmachungen mit Rumänien dafür zu sorgen, daß Rumänien eine ausreichende Sühne und Genugtuung für die unmenschliche Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen leistet. 2. Bei Ausführung des Abkommens über die rumänische Petroleumindustrie sämtliche deutsche Petroleum-Raffinerien gleichmäßig nach ihrer Leistungsfähigkeit zu beschäftigen. Staatssekretär v. Kühlmann leitete die Aussprache mit vertraulichen Ausführungen über die Dynastiefrage und die Parteiverhältnisse in Rumänien ein.**

✦ Im **Hauptausschuß des Reichstages** erklärte Staatssekretär v. **Kühlmann** bei der Beratung des Friedensvertrages mit Rumänien, daß **mit Beßarabien keine Verträge abgeschlossen worden seien. Die beßarabischen Ansiedler haben in Verhandlungen mit Rumänien wesentliche Vorteile errungen im Sinne einer lokalen Autonomie. Zusicherungen, Rumänien den Besitz von Beßarabien sichern zu helfen, haben wir nicht gemacht.**

Österreich-Ungarn.

× Die Mehrheit der österreichischen Minister sprach sich im Ministerrat gegen eine „Paragraph vierzehn-Regierung" aus, indem sie auf **die Gefahren einer Regierung ohne Parlament** unter den heutigen schwierigen Verhältnissen verwiesen, worauf das Gesamtkabinett sein Rücktrittsgesuch einreichte. In polnischen Kreisen hofft man immer noch, daß der Kaiser das Rücktrittsgesuch Dr. v. Seidlers genehmigen werde. Im übrigen versichern die Polen, daß sie bereit sind, mit den Deutschen eine Mehrheit zu bilden. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll Eisenbahnminister Bauhaus vorläufig mit der Leitung des Kabinetts betraut werden.

Polen.

× **In dem jetzt dem polnischen Staatsrat vorgelegten Gesetzentwurf über die Wahlen zum polnischen Landtag war keine Rücksicht auf die Deutschen in Polen genommen worden. Der deutsche Generalgouverneur hat daher dem polnischen Staatsrat gegenüber betont, daß eine Ausschließung der deutschstämmigen Bevölkerung von jeder parlamentarischen Vertretung aufgehoben werden müsse. — Nach der letzten Volkszählung, bei der nach der Nationalität gefragt wurde (1897), betrug die Zahl der Polen im alten Königreich nur 72 % der Gesamtbevölkerung, der Rest besteht aus Deutschen, die wirtschaftlich einflußreich sind, und aus Juden.**

× Nach feierlichem Gottesdienst in der Kathedrale fand im alten Warschauer Königsschlosse die **Eröffnung des Staatsrates** durch Erzbischof v. Kakowski statt. In der Thronrede, die Fürst Lubomirski namens des Regentschaftsrates verlas, heißt es u. a.: „Der Regentschaftsrat begrüßt, ohne seine Augen davor zu verschließen, daß die Grundsätze, auf denen in der ungewöhnlichen Lage der Staatsrat aufgebaut werden mußte, Mängel aufweisen, auch ohne zu vergessen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates kein genaues Bild von der Verteilung der schöpferischen Kräfte des Volkes wiedergeben wird, in Ihrer Versammlung die erste polnische gesetzgebende Körperschaft seit vielen Jahren, in der tiefen und freudigen Zuversicht, daß Ihre patriotische Besonnenheit, Ihr geduldiger Eifer und Ihre Kenntnis von den Angelegenheiten des Landes Bürgschaft für fruchtbare Arbeit und zutreffende Entscheidung in allen denjenigen wichtigen Aufgaben sein wird, die auf Entscheidung warten."

Bulgarien.

× In Bulgarien bleibt das **Verhältnis zu den Mittelmächten** auch nach dem Rücktritt von Dr. Radoslawow das alte. Der neue Ministerpräsident Malinow hat jetzt amtlich hervorgehoben, das bulgarische Volk werde wie bisher in treuer Waffenbrüderschaft mit den Verbündeten seine ganze Kraft einsetzen. In einem Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Ferdinand drahtete der Zar, Bulgarien werde auch fernerhin die Bahn innehalten, die es auf die jetzige Höhe führte.

Rumänien.

× **In der Antwort auf die Thronrede des Königs,** die in der Kammer verlesen wurde, heißt es u. a.: die Kammer werde **unverzüglich den Friedensvertrag anerkennen.** Von dem Wunsche beseelt, sich künftig der Früchte des Friedens zu erfreuen, sieht das Land im Entgegenkommen der Mächte, mit denen wir Frieden geschlossen haben, eine Brücke zur Wiederherstellung der früheren freundlichen Beziehungen. Durch den Friedensvertrag ist Rumänien ein neutraler Staat geworden, und diese Stellung wird ihm gestatten, die guten internationalen Beziehungen zu anderen Mächten aufrechtzuerhalten. Ebenso wünscht es mit den neugebildeten Staaten, die auf Grund der Nationalitätenprinzipien geschaffen wurden, in gute nachbarliche Beziehungen zu treten.

Rußland.

× Nach in Stockholm eingegangenen Nachrichten ist der **Zusammenbruch des Bolschewikitums** nicht so nahe, aber ebenfalls unvermeidlich. Die Nachfolger der Bolschewiki würden aber ohne eine Stütze von außen sein, wie sie sich einflußreiche Russen in moralischer Anlehnung an Deutschland dächten und zunächst von völliger Anarchie abgelöst werden, welche sich die Verbandsmächte sicher zunutze machen. Eine Petersburger Versammlung von Industriearbeitern beschloß den politischen Allgemeinausstand gegen das jetzige Regierungssystem in Rußland zu verkünden. Die Räteregierung hat einen Alarmaufruf erlassen, worin sie die Sozialrevolutionäre und Menschewiki beschuldigt, mit den Imperialisten und den tschecho-slowakischen Truppen, die Samara und Omsk erobert haben, zusammenzuarbeiten.

Belgien.

× **Die Erklärung des Rates von Flandern für Flandern's Selbständigkeit vom 20. Juni 1918 nimmt Bezug auf die am 22. Dezember 1917 erfolgte Unabhängigkeitserklärung und betonte, daß die flandrische Selbständigkeit eine reale Sicherung Deutschlands wäre, aber nicht ohne Deutschlands Hilfe zustande kommen kann. Sehr scharf ist die Erklärung gegen die belgische und französische Regierung. So wird u. a. gesagt, die Regierung in Le Havre würde nach dem Kriege für die Flamen „doch nur den belgischen Haß, für unsere Kultur französischen Spott, für unser staatliches Leben englische Vormundschaft, und für unsere Wirtschaft amerikanisches Kapital mit amerikanischen Gläubigern bringen. Preisgegeben an Frankreich, an England und an Amerika, würde unser Volk zerfallen, seine Art verderben, seine Geschichte erlöschen. In dieser tiefernsten Stunde vertrauen wir, ein Volk, das unabhängig sein will, auf Gottes Hilfe, auf unsere unbeugsame Entschlossenheit und auf Deutschlands starken Willen und klaren Zukunftssinn. Stammesgemeinschaft, Geschichte und Selbsterhaltung weisen Deutschland und Flandern das gleiche Ziel zu: „Ein freies selbständiges Flandern."**

Norwegen.

× Die Vorbereitung zu den **Herbstwahlen der Storthings** sind in vollem Gange. Die Parteien veröffentlichen ihre Wahlprogramme. Die Linke, die die herrschende Partei ist und die Regierung stellt, setzt als ersten Punkt ihres Programmes fest: „Unsere Außenpolitik muß sich als Hauptaufgabe stellen, mitzuwirken an einer zwischenstaatlichen Organisation, die das Recht zukünftig sichert, einen dauernden Frieden schafft und dadurch eine scharfe Begrenzung der Militärlasten oder gleichzeitig eine internationale Abrüstung ermöglicht." Die Sozialdemokratie ihrerseits tritt noch deutlicher für die Frage der Weltrechtsordnung ein und fordert zwangsweise Schiedsgerichte.

Frankreich.

× Die französische Kammer brach bei Beratung des **Finanzskandals** in heftige Lärmszenen aus, als Finanzminister Klotz sich weigerte, diejenigen Firmen zu nennen, denen die französische Regierung ihre Forderungen an russische Staatsbanken in Höhe von einer halben Milliarde Frank ersetzte. — Züricher Blätter melden, trotz aller Ableugnungen sei Clemenceaus Stern auch in bürgerlichen Kreisen im Sinken. Ob die Deutschen in Paris einzögen oder nicht, sicher sei, daß der Tiger die längste Zeit Ministerpräsident gewesen ist.

Haag, 25. Juni. Die Zünder der auf den holländischen Ort Aardenburg geworfenen Fliegerbomben sind ausgegraben worden. Sie tragen Aufschriften in englischer Sprache.

SLUB
Wir führen Wissen.